

Antrag für die Sitzung der Gemeindevertretung Borkwalde am 19.05.2021

Betreff: Signal gegen Vandalismus und für Willkommenskultur

Die Gemeindevertretung Borkwalde beschließt:

Die Gemeindevertretung Borkwalde verurteilt auf das Entschiedenste die Zerstörungen an Baugeräten der Firma Zerbe Tiefbau GmbH Brück auf einer Baustelle in Borkwalde Mitte März 2021 und alle anderen ähnlichen Übergriffe. Diese Akte des Vandalismus sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie stellen aggressive, böswillige Anschläge auf das friedliche und gedeihliche Zusammenleben in unserer Gemeinde Borkwalde dar. Die Gemeindevertretung Borkwalde fordert die konsequente Bestrafung der Täterinnen bzw. Täter. Sie appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Ortes, sich jeglicher Gewalt entgegenzustellen – gegen Sachen und erst recht gegen Menschen. So leisten wir gemeinsam einen wichtigen Beitrag dazu, unser Gemeinwesen und ein fruchtbringendes Miteinander zu stärken.

Die Gemeindevertretung Borkwalde heißt zugleich alle Neubürgerinnen und -bürger in unserem Ort herzlich willkommen. Sie geht von deren Wunsch und dem der Ältereingesessenen aus, dass wir in unserem nun gemeinsamen heimatlichen Ort in guter Nachbarschaft und unter Beachtung aller dafür geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Regelungen zusammenleben wollen.

Begründung:

In der Nacht vom 14. auf den 15. März 2021 beschädigten Täterinnen bzw. Täter Baumaschinen der Firma Zerbe Tiefbau GmbH Brück auf einer Baustelle in Borkwalde. Sie versahen dieses Werk des Vandalismus mit einem Bekennerschreiben folgenden Inhalts: „Nicht Weiter machen – sonst machen wir Weiter“. Nach Aussage der betroffenen Firma war das einer von mehreren Anschlägen dieser Art. Sie sind alle Straftaten. Sie verdienen es, mit allen Mitteln des Rechts aufgeklärt und geahndet zu werden. Völlig unbegründete Gewalt gegen Sachen, erst recht irgendwann und irgendwo gegen Personen, darf nicht toleriert werden. Sie ist auch nicht zu rechtfertigen. Ihr muss entschlossen gewehrt werden. Bei der geschädigten Firma handelt es sich um ein mittelständisches Unternehmen, das im Auftrag eines Investors Tiefbauarbeiten übernommen hat. Dieser Investor wiederum entwickelt ein Gebiet, das auf der Grundlage politischer Entscheidungen der Gemeindevertretung Borkwalde aus den 90er Jahren, getroffen mit Zustimmung der zuständigen übergeordneten Behörden des Landkreises, zum Baugebiet (kurz: B-Plan-Gebiet) erklärt worden war. Die Entscheidungen von damals sind seither nicht in Frage gestellt worden, sie sind deshalb geltendes Baurecht. Zwar hat es seit den damaligen Beschlüssen von vor etwa 25 Jahren immer wieder Äußerungen des Unbehagens gegeben, insbesondere in Richtung des Natur-„Verbrauchs“ und der Zunahme der Bevölkerungszahl dahingehend, dass notwendige Infrastruktur, vor allem in Richtung der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und des Öffentlichen Personennahverkehrs

fehlt. Diese Äußerungen sind verständlich. Sie müssen von der Gemeindevertretung in kommunalpolitisches Handeln umgesetzt werden.

Zugleich hat die Gemeindevertretung das Ihre dazu beizutragen, dass das gemeindliche Miteinander nachhaltig gefördert wird. Dazu gehört auch, dass alle Neubürgerinnen und -bürger willkommen geheißen werden und dass an alle Bürgerinnen und Bürger von Borkwalde appelliert wird, allen geschriebenen und ungeschriebenen Regelungen zu folgen.

Der vorliegende Beschlussentwurf ist ein dringend notwendiges politisches Signal der gewählten Vertreterinnen und Vertreter unserer Gemeinde an die Öffentlichkeit. Er ist eine unverzichtbare Willensbekundung, die im Übrigen dem Kommunalrecht nicht entgegensteht.



Enrico Schulz
Fraktionsvorsitzender



Matthias Stawinoga (SPD)
Gemeindevertreter